



Kiesinger, Brandt 1966

Zeitgeschichte „Nuklearer Habenichts“

Die Bundesregierung unter Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Außenminister Willy Brandt (SPD) hätte den Atomwaffensperrvertrag 1967 am liebsten torpediert – wenn ihr das Scheitern des Abkommens nicht hätte angelastet werden können. Zu diesem Schluss kam die nachrichtendienstliche Abteilung des US-Außenministeriums, deren geheime Analysen jetzt freigegeben und vom Washingtoner National Security Archive veröffentlicht worden sind. Nach Auffassung der Geheimdienstler wollte sich die Bundesrepublik „weder gegenüber ihren Verbündeten noch ihren Feinden auf Dauer in die

Position des nuklearen Habenichts begeben“. Das Problem bestand allerdings darin, „den Vertrag zu kippen, ohne dass es so aussieht“. Die aus den eigenen Reihen bedrängte Bundesregierung führte, teils öffentlich, diverse Argumente an: technologische Benachteiligung, die Verfestigung des Status quo in Europa und damit der Teilung Deutschlands, mögliche Industriespionage durch „Inspektoren aus kommunistischen Ländern“ und sicherheitspolitische Bedenken. Zugleich unterstützte sie die Opposition Italiens, Indiens, Japans und anderer Staaten gegen das Abkommen – alles ohne Erfolg. Am 28. November 1969, fünf Wochen nach Brandts Wahl zum Kanzler, unterzeichnete die Bundesregierung den Vertrag. red

Stasigesetz „Nicht mehr verfassungskonform“

Der erste Direktor der sogenannten Gauck-Behörde, Hansjörg Geiger, wirbt für eine grundlegende Reform des Stasiunterlagengesetzes. So sollten Spitzelopfer des DDR-Geheimdienstes „künftig das Recht erhalten, ihre Daten löschen zu lassen“. Das Gesetz sei in einer geschichtlichen Sondersituati-

on entstanden, damals habe der Schutz der Persönlichkeitsrechte keinen Vorrang gehabt. „25 Jahre danach kann man aber nicht mehr von einer Sondersituation sprechen“, sagt Geiger. Die Informationen seien zudem unter rechtswidrigen Bedingungen gesammelt worden. Gemäß Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts dürften Daten aus dem „Kernbereich privater Lebensführung“ nicht gespei-

Bundeswehr Gummibärchen ausgemustert

Die Bundeswehr will künftig auf den Einsatz von Gummibärchen und Lollis verzichten: Bei der Nachwuchswerbung und am „Tag der offenen Tür“ sollen Interessenten auf andere Weise überzeugt werden. „Kurzfristig haltbare Lebensmittel“ würden nicht mehr bestellt, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums. Noch im vorigen Jahr verteilten Heer, Luftwaffe und Marine Fruchtgummis und Lutscher

(„handelsübliche Ware, Verpackung ist von der Bundeswehr gebrandet“), die Ware hatte einen Wert von knapp 43 000 Euro. Dies geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Roland Claus hervor. Demnach kaufte die Bundeswehr als „Streuartikel“ auch Kugelschreiber (227 000 Euro), Displayreiniger (57 000 Euro) und Mousepads (16 000 Euro). Claus, haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion, hält diesen „Firlefanz“ für Geldverschwendung. was

TTIP Taktische Geheimhaltung

Nach den Enthüllungen von Greenpeace über Interna der TTIP-Verhandlungen wollte die EU-Kommission offenbar ihre Geheimhaltungsvorgaben verschärfen. Am 20. Mai teilte die Kommission dem für Handel zuständigen EU-Ratsausschuss (TPC) mit, dass das interne Dokument „tactical state of play“, das den Verhandlungsstand abbildet, nicht mehr schriftlich an die Mitgliedsländer ausgegeben werde. Stattdessen solle es deren Vertretern nur noch mündlich vorgetragen werden. Außerdem sollte dieses Dokument nicht mehr in den Leseräumen für die Abgeordneten zugänglich gemacht werden, wie das Brüsseler Nachrichtenportal VIEWS berichtete. Ein Spre-

cher des EU-Rates bestätigte die Information gegenüber dem SPIEGEL.

Handelskommissarin Cecilia Malmström habe „in Sachen Transparenz nichts dazugelernt“, kritisiert Greenpeace-Sprecher Christoph von Lieven. „Noch mehr Geheimhaltung ist absolut undemokratisch und schürt das Misstrauen der Bürger in die Politiker. Das sollten sich die Mitgliedsländer nicht gefallen lassen.“

Die Kommission bestreitet das Vorhaben. Eine strengere Geheimhaltung werde es nicht geben, die Darstellung sei falsch. Das TTIP-Dokument werde kommende Woche den Mitgliedstaaten zugestellt und dürfe auch in den Leseräumen zugänglich gemacht werden, sagte ein Kommissionssprecher am Donnerstag dem SPIEGEL. msc



Archiv für Stasiunterlagen

chert werden. Geiger, der nach seiner Zeit in der Stasiunterlagenbehörde (von 1990 bis 1995) Präsident des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes war, hält das Gesetz „in der jetzigen Fassung nicht mehr in allen Regelungen für verfassungskonform“.

Der Bundestag will noch in dieser Legislaturperiode über die Zukunft der Stasiunterlagenbehörde entscheiden. stb